HESSEN

Grußwort zur Konferenz:
„Israel, der Nahost-Konflikt und die neue Welle des Antisemitismus“
6. November 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich sehr, Schirmherr dieser wichtigen Konferenz sein zu dürfen.

Seit dem menschenverachtenden Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 geht durch unser Land eine neue Welle des Antisemitismus.

Seit diesem Tag ist auch in Israel nichts mehr, wie es war und die gesamte Region des Nahen Ostens entfernt sich immer weiter vom Frieden.

Für Deutschland müssen wir leider feststellen, dass Antisemitismus keineswegs ein Problem der Vergangenheit ist. Es ist erschreckende Gegenwart.

Seit dem 7. Oktober 2023 erleben wir aber eine dramatische Zunahme antisemitischer Hetze und Straftaten.

Dabei begegnet uns Antisemitismus in unterschiedlichen Erscheinungsformen: im rechts- und linksextremen Milieu ebenso wie im Islamismus. Unterschiedliche ideologische Begründungen, aber dieselbe menschenverachtende Haltung.

Hessisches Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat
Luisenstraße 13
65185 Wiesbaden

Telefon (0611) 32-0
Telefax (0611) 32-7142763
poststelle@hmdj.hessen.de
www.justizministerium.hessen.de

Gütesiegel Familienfreundlicher Arbeitgeber Land Hessen

Hinweise zur Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) bzw. der Richtlinie (EU) 2016/680 erhalten Sie auf der o.g. Internetseite des Hessischen Ministeriums der Justiz und für den Rechtsstaat. Auf Wunsch werden diese Informationen auch in Papierform zur Verfügung gestellt.

Auf unseren Straßen wird gegen Juden gehetzt, jüdische Menschen werden für die Politik Israels verantwortlich gemacht und dem Staat Israel wird sein Existenzrecht abgesprochen.

Das dürfen wir nicht hinnehmen!

Für Deutschland ist die Sicherheit Israels und damit die Sicherheit jüdischen Lebens in unserem Land und weltweit ein Teil unserer Staatsräson.

Das ist nicht nur ein wohlklingender Satz für Sonntagsreden. Es ist ein Auftrag, aus dem konkrete Verantwortung zum Handeln erwächst.

Wir müssen dafür sorgen, dass Jüdinnen und Juden in unserem Land sicher leben können. Dass sie eine Kippa tragen, eine Synagoge besuchen oder sich öffentlich als Juden zu erkennen geben können, ohne Angst haben zu müssen.

Zu diesem Sicherheitsversprechen gehört, dass von unserem Land keine Aufrufe zur Vernichtung des Staats Israel mehr ausgehen dürfen.

Diese Aufrufe und die mit Ihnen verbundenen Aufzüge gefährden die Sicherheit unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Die Hessische Landesregierung setzt sich daher mit Nachdruck dafür ein, die Leugnung des Existenzrechts des Staates Israel unter Strafe zu stellen, ohne die Meinungsfreiheit einzuschränken.

Die deutsche Geschichte verpflichtet uns zu besonderer Wachsamkeit. Die Shoah war ein einzigartiger Zivilisationsbruch. Aus dieser Geschichte erwächst unsere Verantwortung, jüdisches Leben zu schützen und dem Antisemitismus entschieden entgegenzutreten.

Dafür brauchen wir eine klare politische Haltung, konsequente Strafverfolgung und eine Gesellschaft, die nicht wegschaut.

Genau deshalb ist ihr Austausch so wichtig. Wir müssen verstehen, woher der neue Antisemitismus kommt, wie er sich verbreitet und vor allem, wie wir ihm wirksam begegnen können.

Ich danke dem Institut für Demokratie und Islam für die Organisation dieser Konferenz und allen Referentinnen und Referenten für ihre Bereitschaft, sich mit ihrer Expertise und ihren Perspektiven einzubringen.

Ich wünsche Ihnen eine erkenntnisreiche Veranstaltung und eine offene, durchaus auch kontroverse, aber stets sachliche Diskussion.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür eintreten, dass jüdisches Leben in Deutschland selbstverständlich und sicher ist.

Das ist unsere historische Verantwortung. Und das ist unser Auftrag für die Gegenwart und Zukunft.

Herzlichen Dank!